

13. VI. 1918

**Die innere Krise nach dem jetzigen Stande.**

Wien, 12. Juni.

Die heutige Sitzung des Ministerrates hat keine formellen Entscheidungen in der Krise gebracht. Es ist zu vermuten, daß die politische Krise den Gegenstand einer allgemeinen Besprechung bildet, aber zu Beschlüssen dürfte es schon aus formellen Gründen nicht gekommen sein.

Der Polenklub hat über die in Krakau gefassten Beschlüsse der parlamentarischen Kommission sich noch nicht ausgesprochen.

Die Vollversammlung der deutschen Abgeordneten wird erst am nächsten Freitag stattfinden.

Die Frist vom 15. Juni, die der Ministerpräsident ursprünglich den Parteien für die Mitteilung ihrer Beschlüsse gegeben hat, dürfte schwerlich genau eingehalten werden und so ist auch die Zeit für weitere Verhandlungen zu gewinnen.

Die Polen haben jetzt erfahren, welchen Eindruck die Krakauer Beschlüsse hervorgerufen haben. Es mag sein, daß sie ein Bedürfnis zur Auseinandersetzung mit den Deutschen haben, die zur Klärung führen könnte. Auf ein Bündnis zum Sturze des Ministeriums der Kreisverordnung werden sich die Deutschen nicht einlassen. Diese Politik werden auch die Polen begreifen.

Wenn das Ministerium einen Beschluß über die Nicht-einberufung des Reichsrates in Erwägung ziehen sollte, würde es vorher die Gesamtdemission überreichen. Wenn der jetzige Ministerpräsident mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden sollte, würden einige von den jetzigen Ministern ausscheiden, vermutlich der Ackerbauminister, der Handelsminister, der Eisenbahnminister und der Minister für Galizien.

Die Parlamentslosigkeit würde mit dem Ex-lex-Zustande beginnen, aber die ernsteste Gefahr des Wiederauflebens der Politik mit dem Paragraph Vierzehn in sich schließen.

**Der Ministerrat über die politische Lage.**

Der Ministerrat, der heute abend unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler stattfand, hat keine Beschlüsse gefaßt. Es wurde die politische und parlamentarische Lage durchgesprochen, aber eine Entscheidung ist nicht gefallen, weil derzeit nur ein Beschluß der parlamentarischen Kommission des Polenklubs vorliegt und abgewartet werden soll, ob das Plenum der Partei diesem Beschlüsse beitreten wird. Weiter wird ein entscheidendes Faktor für den Ausgang der Krise der Beschluß sein, den die deutschen Parteien in ihrer Vollversammlung am Freitag fassen werden. Bei den deutschen Parteien überwiegt die Meinung, daß der Beschluß des Polenklubs keinen Systemwechsel zur Folge haben dürfte. Es besteht die Absicht, in der Vollversammlung der deutschnationalen Parteien am Freitag einen Beschluß zustande zu bringen, der dem Kabinett Seidler das Vertrauen ausspricht und zugleich feststellt, daß ein Regierungswechsel im gegenwärtigen Augenblick von den deutschen Parteien als ein Kriegsfall angesehen werden müßte. Nach Äußerungen führender deutscher Abgeordneter würde bei einem Regierungswechsel unter den jetzigen Verhältnissen mit einer oppositionellen Stellung der deutschen Parteien zu rechnen sein. Gegen die Opposition der deutschen Parteien könnte jedoch eine neue Regierung, wer immer auch an der Spitze stehen würde, nicht aufkommen.

Die Regierung dürfte demnach erst nach den Vollversammlungen der deutschen Parteien und des Polenklubs ihre definitiven Entschlüsse fassen und an maßgebender Stelle unterbreiten. Die Entscheidung wird nicht vor dem 15. d. fallen. Das ist der Termin, den der Ministerpräsident den Parteien ursprünglich gestellt hat. Es gilt als zweifellos, daß der Ministerpräsident das Ergebnis seiner bisherigen Verhandlungen mit den Parteien und eine Begründung für die Nichteinberufung des Reichsrates in irgendeiner Form der Öffentlichkeit bekanntgeben wird.

In parlamentarischen Kreisen gilt es nicht für ausgeschlossen, daß das Kabinett Seidler zugleich auch der Krone die Gesamtdemission anbieten wird. In deutschen Abgeordnetenkreisen ist man der Meinung, daß eine solche Gesamtdemission, wenn sie tatsächlich erfolgen sollte, nur eine formelle sein und daß der Ministerpräsident Dr. v. Seidler weiter an der Spitze der Regierung bleiben würde. Man verweist dabei auf den gestern erfolgten Wechsel im Ministerium des Innern und auf die Ernennung des bisherigen Präsidenten des Ernährungsamtes Paul zum Minister, was davon schließen läßt, daß die Position des gegenwärtigen Kabinetts keineswegs erschüttert sei. Die heute im Abgeordnetenhaus verbreiteten Gerüchte, daß der Demission des Grafen Toggenburg auch der Rücktritt anderer Mitglieder des Kabinetts folgen werde — genannt wurden insbesondere Graf Silvan Taruca, Dr. Freiherr v. Banhaus, Dr. v. Twardowski — haben sich bisher nicht bestätigt. Wohl aber nimmt man an, daß einige Minister, wenn für den Fall der Nichteinberufung des Reichsrates das Auskommen mit dem Ex-lex-Zustande nicht gefunden werden könnte und es zur Anwendung des § 14 käme, aus dem Kabinette scheiden würden. Es gilt auch nicht für unmöglich, daß es bei einer formellen Gesamtdemission des Kabinetts zum Rücktritt einiger Minister komme.

An eine Schließung oder Auflösung des Hauses wird, soweit man in parlamentarischen Kreisen informiert ist, jetzt nicht gedacht. Es soll auch in der parlamentarischen Zeit stets die Möglichkeit offen bleiben, die Einberufung des Reichsrates zu ermöglichen. Zeigt es sich, daß Ausichten für eine ungestörte Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses zu einem späteren Zeitpunkt bestehen, so kann der Reichsrat auch während des Sommers zu einer, wenn auch nur kurzen Session einberufen werden. Das hängt in erster Linie von den Polen ab, die durch ihre Krakauer Beschlüsse die Krise hervorgerufen haben, ohne sich dadurch irgendwie genützt zu haben.

**Audienzen des Ministerpräsidenten und des Unterrichtsministers.**

Der Kaiser hat heute die üblichen Vorträge entgegengenommen und den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler sowie den Minister für Kultus und Unterricht Dr. Cwiklinski in besonderen Audienzen empfangen.

**Besprechungen des Ministerpräsidenten mit den Ukrainern.**

Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler hatte heute nachmittag zuerst eine Besprechung mit dem Obmann der ukrainischen Abgeordneten aus der Bukowina Abgeordneten Ritter v. Wasilko; sodann konferierte er mit dem Obmann der ukrainischen parlamentarischen Vertretung Dr. Petruszewycz.

**Weitere Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs.**

Die „Neue Lemberger Zeitung“ berichtet aus Krakau: Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat ein Redaktionskomitee eingesetzt, der die Abgeordneten Graf Pawowski, Steinhans, Tertel, Witos, Tetmajer und Stabinski angehören. Die parlamentarische Kommission faßte auf Antrag dieser Redaktionskommission außer den bereits gemeldeten vier Beschlüssen noch folgenden Beschluß: „Das Präsidium des Polenklubs wird nach eigenem Ermessen zu den Konferenzen mit dem Minister des Aeußern in all-gemein polnischen Angelegenheiten drei Mitglieder des Delegationsausschusses für äußere Angelegenheiten einladen.“

Hierauf wurde eine Diskussion auf Grund eines Memorandums durchgeführt, das sich mit dem Polenproblem in Litauen befaßt. Das Präsidium des Polenklubs überwies diese Angelegenheit den Mitgliedern der Delegation.

Weiter wurde ein Antrag angenommen, der sich für die Selbständigkeit der weißrussischen Gebiete ausspricht. Schließlich wurde beschlossen, die Forderungen der Staatsbeamten zu unterstützen.

**Die Unterbrechung der Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen.**

Die Nachricht, daß die Verhandlungen der deutschen Parteien mit den Polen infolge der Krakauer Beschlüsse voll-

ständig aufgegeben wurden, ist, wie die „Deutschböhmisches Korrespondenz“ erfährt, vorläufig verifiziert. Die Verhandlungen sind allerdings unterbrochen, weil die Krakauer Beschlüsse in deutschen Kreisen teils Bestätigung und auch Mißtrauen hervorgerufen haben. Man erklärt sich die Verschiedenheit zwischen den Krakauer Beschlüssen und dem Ton, mit welchem die Verhandlungen zwischen Polen und Deutschen geführt wurden, auch damit, daß die Zusammenfassung der parlamentarischen Kommission des Polenklubs eine ganz andere ist als jenes Komitee, das mit den deutschen Parteien verhandelt hat. In der gestrigen Sitzung des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien sind allerdings auch Meinungen laut geworden, daß die Verhandlungen mit den Parteien überhaupt abzubrechen seien; ein direkter Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt; es ist daher nicht ausgeschlossen, daß diese Verhandlungen in einem späteren Zeitpunkte, wenn die parlamentarische Situation sich geklärt hat, wieder aufgenommen werden.

**Czechische Stimmen über die polnischen Beschlüsse.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Prag, 12. Juni.

„Benkov“ meint, daß Dr. v. Seidler nach der scharfen Entschließung der Polen nicht mehr darauf rechnen könne, eine Mehrheit anzutreiben, und daß ihm nichts anderes übrig bleibe, als das Parlament aufzulösen oder zurückzutreten. Daß man sich dafür entscheiden könnte, das Parlament aufzulösen, müsse bezweifelt werden. Das erste Opfer der Krise sei Graf Toggenburg, der das Ostron unterzeichnet hat.

„Pravo Lidu“ sagt, daß die Polen viel weiter gegangen seien als die übrige slawische Opposition und daß ihr Beschluß viel schroffer sei.

„Narodni Politika“ meint, daß der Beschluß des Polenklubs noch weitere Wirkungen haben werde. Eine Mehrheit für die Staatsnotwendigkeiten im Parlament stehe derzeit Dr. Seidler nicht zur Verfügung. Dafür aber sei das Kabinett der drohenden Gefahr ausgesetzt, daß sich im Parlament eine Mehrheit für die Aufhebung der Kreisregierungen in Böhmen und gegen die süd-slawischen Verfolgungen bilden könnte.

**Minister des Innern Ritter v. Gayer.**

Wien, 12. Juni.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem neuen Minister des Innern in einem Schreiben seine herzlichsten Glückwünsche übermittelt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Minister v. Gayer das Entgegenkommen, das er als Polizeipräsident der Stadt Wien bewiesen hat, auch in seiner neuen Funktion zuteil werden lassen wird.